

SYSTEMRELEVANT 120

Um was geht es genau beim Bürgergeld, das Hartz IV ablösen soll? Und was sind die strittigen Punkte? Bettina Kohlrausch und Sebastian Dullien werfen einen kritischen Blick auf die Bürgergeldreform.

Marco Herack:

Heute ist Mittwoch, der 16. November 2022. Willkommen zur 120. Ausgabe von Systemrelevant. Wir sind heute zu dritt. Da begrüße ich Bettina Kohlrausch.

Bettina Kohlrausch:

Guten Morgen.

Marco Herack:

Guten Morgen, Bettina. Du bist die Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Und Sebastian Dullien, grüß Gott.

Sebastian Dullien:

Hallo. Guten Morgen.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und bevor wir zum Thema der heutigen Sendung kommen, der Sicherheitshinweis, es ist sehr früh am Morgen.

Bettina Kohlrausch:

Aber ich habe schon meinen zweiten Kaffee.

Marco Herack:

Oioioi, das kann ...

Sebastian Dullien:

Die Dämmerung kommt hier langsam über die Häuser.

Bettina Kohlrausch:

Na, ich wohne ja in Niedersachsen. Hier wird es um die Jahreszeit nicht mehr hell. Leider. Wir sind in der Phase des Dauernebels angekommen oder Trübheit.

Marco Herack:

Eieiei. Gut. Wir wollen das jetzt nicht vertiefen. Aber vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wenn ihr unseren Podcast mögt, dann abonniert ihn doch gerne in einem Podcatcher eurer Wahl. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über das Bürgergeld unterhalten. Die CDU hat es grad im Bundesrat gekippt. Man wird nun also im Vermittlungsausschuss eine Lösung finden

müssen. Ja, und ich glaube, wir wollen mal schauen, was dieses Bürgergeld überhaupt ist und was das, in Anführungszeichen, Problem der CDU, Anführungszeichen Ende, damit ist. Vielleicht Bettina, ganz kurz, was ist das Bürgergeld?

Bettina Kohlrusch:

Das Bürgergeld wird Hartz IV ablösen. Oder das ist das Ziel, wenn das Gesetz beschlossen wird. Und ist damit letztlich die Grundsicherung, auf die Menschen zurückfallen, wenn sie kein Arbeitslosengeld I in Anspruch nehmen oder sonst irgendwie bedürftig sind.

Marco Herack:

Die Bundesregierung will an dem Hartz-IV-System, wie wir es bisher hatten, jetzt etwas ändern. Was will man denn da machen?

Bettina Kohlrusch:

Genau. Also vielleicht noch mal ein ganz kurzer historischer Rückblick. Diese Hartz-IV-Regelung steht ja sozusagen fast symptomatisch für die Sozialpolitik der Agenda 2010. Und es war schon eine radikale Umkehr in eine Logik auch der Sozialpolitik, die damals von der rot-grünen Bundesregierung vollzogen wurde. Ich muss dazu sagen, das war schon auch so ein anderes Verständnis von Sozialpolitik, was sich in ganz vielen europäischen Ländern oder in westlichen Ländern durchgesetzt hat. Also auch Clinton hat ganz weitreichende Sozialstaatsreformen umgesetzt. Aber eigentlich kann man, würde ich sagen, rückblickend schon sagen, dass das auch ein Rückbau des Sozialstaates war. Und da war eben bei dieser Hartz-IV-Regelung einer der Einschnitte, dass man sehr schnell, nämlich nach einem Jahr, vom Arbeitslosengeld in diese Grundsicherung fällt. Das ist inzwischen ein Stück weit wieder aufgeweicht worden. Und dass man so von der Idee her stärker diese „Fördern und Fordern“ etabliert. Das ist so dieser Kernbegriff. Und die Eigenverantwortung der Sozialstaatsempfänger stärkt. Und damit verbindet sich eben, dass es zum Beispiel stärkere Sanktionen gab, dass es stärkere Anreize geben sollte, Arbeit wieder aufzunehmen. Was eben faktisch mit einer Mittelkürzung einherging, dass man eben nicht sehr schnell vom Arbeitslosengeld, was ja letztlich sich anteilig auch daran berechnet, wie viel man vorher eingezahlt hat in die Sozialversicherung, aber dass man sehr schnell von diesem Versicherungsprinzip eben in dieses Grundsicherungsprinzip fällt. Und eine ganze Menge anderer Dinge, über die wir vielleicht mal einen eigenen Podcast machen, einen historischen, über die Entwicklung des Sozialstaats.

Marco Herack:

Wo geht's jetzt hin? Also wo sind jetzt die großen Verbesserungen oder vielleicht auch Verschlechterungen?

Bettina Kohlrausch:

Die eine große und auch nicht kontroverse Änderung ist, dass es ein Anstieg der Regelsätze gibt, um ungefähr 50 Euro. Und das weiß Sebastian wahrscheinlich besser, das ist ziemlich genau der Inflationsausgleich. Also einfach sozusagen eine Anpassung auch an die durch die starke Inflation gestiegenen Kosten. Und da hat auch keiner was gegen. Es ist aber auch so, dass weil die Praxis eben eine war, gerade bei Hartz IV, die viele Menschen wirklich auch als stigmatisierend erlebt haben und als wenig hilfreich, dass es bestimmte Änderungen gibt, dass zum Beispiel die Sanktionen nicht abgeschafft werden. Das ist einfach falsch. Aber dass sie sozusagen weniger restriktiv sind und weniger auf Sanktion und Kontrolle gesetzt wird, sondern eher auf Kooperation. Und das bedeutet, dass es eine Vertrauenszeit gibt, in der es erst mal ein halbes Jahr nicht gar keine Sanktionen gibt, aber weniger. Dass es am Beginn ein Kooperationsvertrag, der gemeinsam vereinbart wird, steht am Beginn des Hilfebezugs. Und das auch das Schonvermögen, was sozusagen nicht angetastet wird, erhöht worden ist. Und das ist auch noch mal ganz wichtig, dass nicht sozusagen das primäre Ziel ist, die Leute in Arbeit zu bringen, sondern dass, wenn sie eine Qualifizierung aufnehmen wollen oder eine Berufsausbildung nachholen, dass sie das eben machen können und nicht gezwungen sind, in Arbeit zu gehen. Sondern dass sie auch die Möglichkeit haben, oder dann auch priorisiert wird, dass die Leute erst mal entsprechend qualifiziert werden. Habe ich was vergessen an den großen Änderungen?

Sebastian Dullien:

Ja, da hängen ja so ein paar Details dann dran. Also zum Beispiel die Frage, wie ist es, wenn ich eine Wohnung habe, die eigentlich nicht mehr als angemessen gilt? Da war ja früher die Regel, dass man dann relativ schnell umziehen musste. Und zum Teil auch im ersten halben Jahr des Hartz-IV-Bezugs. Und das ist jetzt, wenn ich es richtig verstanden haben, soll es auch nicht mehr sein. Und ja, und auch zwei Jahre gibt es eine Übergangszeit, wo diese Kosten der Unterkunft dann anerkannt und übernommen werden sollen.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Ja.

Sebastian Dullien:

Also und Vermögen nicht berücksichtigt werden soll. Weil das sind ja alles so ein paar Dinge, die bei Hartz IV, zumindest bei den Menschen, die in Arbeit waren, als es eingeführt wurde, die aber so meinerwegen im Job waren, wo nicht ganz klar war, ob der Arbeitgeber es übersteht, und die meinerwegen Anfang 50 waren und sich dann keine großen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausgemalt haben, die hatten davor sehr viel Angst. Weil dann die Frage war, wenn sie jetzt arbeitslos werden, dann müssen sie ihre Rentenversicherung kündigen, Lebensversicherung auflösen, das Geld verkonsumieren, bevor sie eben dann einen Zuschuss vom Amt bekommen. Und dann auch noch gleich umziehen. Und also nicht nur vor dem Rausfallen

aus dem beruflichen Kontext, sondern auch aus den Folgen, die dann sich daraus ergeben haben oder hätten oder drohten, dann auch aus dem sozialen Umfeld rauszufallen, davor hatten sehr viel Menschen da Angst.

Bettina Kohlrausch:

Genau.

Marco Herack:

Kann man sagen, dass das eine der Kernreformen des Sozialsystems war, dahingehend, dass es dem Bürger und der Bürgerin erst mal grundsätzlich misstraut hat? Also mit Hartz IV begann der Staat zu sagen, der Bürger hat eher schlechte Absichten und nutzt das aus und er will auch nicht arbeiten, sondern er macht sich da einen faulen Lenz. Also muss er, ja, gefördert werden, dass er dahin geht oder sie dahin geht ...

Sebastian Dullien:

Gefordert werden. Nicht gefördert. Gefordert ist es dann.

Marco Herack:

Gefordert.

Bettina Kohlrausch:

Ja, also es gab da schon ganz stark so eine Deutung, also man hat ja auch zum Beispiel von aktivierender Sozialpolitik gesprochen. Und wenn jetzt also das natürlich keiner so formuliert hätte, wie du es jetzt ausgedrückt hast, war da schon ganz klar so ein Verständnis hinter, dass der Sozialstaat in seiner alten Form Anreize setzt, sich sozusagen selbst abhängig zu machen vom Sozialstaat. Und dass diese Idee des Aktivierens eben schon ... natürlich verbindet sich damit ein Verständnis, dass Menschen stärkere Anreize brauchen, um Arbeit wieder aufzunehmen. Und der Sozialstaat in seiner alten Form diese Anreize nicht setzt. Und Fakt ist natürlich schon, dass diese Anreize in der Realität natürlich Kontrollen und Sanktionen waren. Und krasse Leistungskürzungen. Also ich mein, dass muss man wirklich mal ... also ein Versicherungssystem bedeutet ja, dass man letztlich Anrechte erwirbt durch Einzahlen in eine Versicherung. Und wenn Menschen das auch sehr lange Zeit gemacht haben, dann war das sozusagen anfänglich wirklich so, dass man nach einem Jahr zurückgefallen ist. Also dass diese Anrechte, die man erworben hat, durch das Einzahlen in die Sozialversicherung, sozusagen hinfällig waren. Und damit ist in der Tat, glaub ich, wirklich ein sehr, sehr grundlegendes Vertrauen in den Sozialstaat zerbrochen. Und klar, haben die Leute das als Misstrauen erlebt. Wie sonst? Und natürlich auch, und das zeigt sich eben auch, in der realen Praxis war das dann eben so. Dass die Menschen das häufig als demütigend, entwürdigend und stigmatisierend erlebt haben, wie sie da behandelt worden sind. Weil es für sie nicht transparent war und nicht gerecht, wie diese Sanktionen durchgesetzt worden

sind. Kann ich jetzt nur verallgemeinernd formulieren. Natürlich wird es da unterschiedliche Praktiken gegeben haben.

Sebastian Dullien:

Ich glaub, das waren schon so die Narrative, die es auch in den 1990er Jahren gab. Und die es nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA gab. In den USA war es dann irgendwie die Welfare Queen, die mit ihrem Cadillac, ja, auch einfach ... und ich weiß nicht, wie viel Kindern, einfach so viel Geld abgegriffen hat vom Sozialstaat, dass es sich eigentlich nicht gelohnt hat, zu arbeiten. In Deutschland sind damals ja auch wirklich Dinge diskutiert worden, wo man heute nur mit den Ohren schlackert. Also einer der Vorschläge war ja, um den Krankenstand zu senken, Karenztage einzuführen. Darf ich auch mal dran erinnern. Das hat auch dann wirklich viel Ärger gegeben und einen riesigen Konflikt. Aber da war die Idee, zu sagen, der erste Tag, wenn man krank ist, da kriegt man keinen Lohn gezahlt. Einfach, um den Anreiz zu machen, dass die Leute nicht zu Hause blieben. Das ist einfach heute unvorstellbar. Ganz abgesehen davon, dass es auch für den Rest des Betriebs meistens nicht besonders gut ist, wenn man halb krank dahin geht. Insbesondere in Zeiten von Corona. Aber da würden wir heute überhaupt gar nicht mehr drüber nachdenken. Aber das ist so ein bisschen das, was du eben beschrieben hast, Marco, dass da schon auch im Narrativ ein ganz starkes Misstrauen gegenüber dem Individuum war.

Marco Herack:

Und ich erinnere mich an Olaf Scholz berühmten Auftritt bei Markus Lanz, wo er dann im fünften Nebensatz mal so angedeutet hat, dass er sich vorstellen könnte, dass das nicht ganz richtig war, was damals gemacht wurde. Und deswegen ist die Frage für mich ja jetzt, wenn wir jetzt so eine Reform haben, wo ja auch die Grünen, die haben ja dieses Wort Bürgergeld eingeführt, da auch sehr stark für geworben haben. Erfüllt denn diese Reform, die wir jetzt vor uns haben, überhaupt diesen Anspruch, dass das grundsätzliche Denken im System sich verändert? Oder ist das nur eine Modifikation?

Bettina Kohlrausch:

Also jetzt einmal zur Entstehungsgeschichte, unabhängig von dem Begriff, hat auch die SPD unter der damals noch Führung von Andreas Nahles einen sehr langen Prozess und sehr grundsätzliche Debatte über das Sozialstaatsverständnis geführt im Vorfeld der Wahlen. Und da auch eben schon die Abkehr beschlossen. Sodass das eigentlich relativ konsensual war, dass man da irgendwie eine andere Logik braucht. Bis auf natürlich irgendwie wahrscheinlich von Seiten der FDP. Und kein Morgen ohne FDP-Bashing.

Sebastian Dullien:

Also ich würde jetzt mal die FDP in Schutz nehmen bei diesem Thema. Also die sind jetzt nicht die, die sich hervorgetan haben mit Rufen nach Sanktionen. Sondern die FDP hat schon auch ...

Bettina Kohlrausch:

Ja, das stimmt.

Sebastian Dullien:

... im Wahlprogramm auch Elemente wie das Bürgergeld drin. Und da gibt's dann oft Diskussionen, wie hoch soll es sein und wie viel Geld soll in das System reinfließen. Aber dieses kleinteilige Sanktionieren, Nachverfolgen und so weiter, das scheint mir jetzt nicht, weder FDP-Narrativ noch FDP-Programmpolitik zu sein.

Marco Herack:

Okay. Aber zurück zur grundsätzlichen Frage. Modifikation oder Reform des Denkens?

Bettina Kohlrausch:

Ich habe da einen ambivalenten Blick drauf. Das eine ist, und das muss man schon noch mal sagen, dass ich finde, also wir reden hier über eine Grundsicherung. Das allerunterste Netz sozusagen, in das Menschen fallen. Und diese Grundsicherung muss natürlich armutsfest sein. Und da haben Wohlfahrtsverbände und besonders der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet das immer aus, schon vor der Inflation gesagt, eigentlich müsste der Hartz-IV-Satz oder nehmen wir das Bürgergeld, wie auch immer, 200 Euro mehr sein, um wirklich armutsfest zu sein. Und Teilhabe, gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren. Faktisch haben wir ja keine Erhöhung jetzt des Regelsatzes, die real sozusagen eine Lebensverbesserung der Menschen mit sich bringt, weil wir ja nur einen Inflationsausgleich haben. Und das finde ich schon noch mal wichtig, zu betonen, dass an diesem Punkt diese sozialpolitische Maßnahme nach wie vor eigentlich eine zentrale Aufgabe nicht erfüllt, nämlich allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren. Insofern, da ist es eben dann keine grundlegende Abkehr, wenn man sagt, okay, also wir schützen die Menschen wirklich vor Armut. Gleichzeitig ist es aber eine grundlegende Abkehr, weil einfach, statt auf Sanktionen zu setzen, die Idee der Kooperation im Mittelpunkt steht und die Orientierung auf Qualifizierung viel, viel stärker ist. Und das halte ich auch vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktstruktur, die ja deutlich anders ist, als zu dem Zeitpunkt, als die Agenda 2020 eingesetzt worden ist, als wir Massenarbeitslosigkeit hatten, für eine richtige Entscheidung. Ich halte das auch für ein Paradigmenwechsel. Es ist eine Abkehr von dieser Sozialstaatslogik „Fordern und Fördern“ der 1990er und frühen 2000er Jahre, hin zu einem kooperativeren Verständnis. Und ich glaube auch der Logik, zu sagen, wir haben multiple Krisen, wir haben einen extremen Wandel auch des Arbeitsmarktes. Und wir betonen, das ist die Aufgabe des Staates, Menschen davor zu schützen. Dieses Schutzversprechen des Staates wird,

glaub ich, schon noch mal anders und stärker ausbuchstabiert und das würde ich schon auch als Paradigmenwechsel sehen.

Marco Herack:

Sebastian, dann kommen wir mal zu diesen viel diskutierten Punkten, wo die Union jetzt Bauchschmerzen hat. Das eine war ja dieses sogenannte Lohnabstandsgebot. Was ist denn das überhaupt?

Sebastian Dullien:

Ja, Lohnabstandsgebot ist das Konzept, dass man sagt, jemand, der arbeitet, sollte mehr Geld zum Leben zur Verfügung haben, und zwar spürbar mehr Geld als jemand, der nicht arbeitet. Also das ist jetzt kein Gebot, ist kein Gesetz, steht nirgendwo drin. Aber das ist halt ein Konzept, was in der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Diskussion immer wieder hochgehalten wird. Und ich glaube, dass es auch grundsätzlich nicht falsch ist. Denn damit, dass der Sozialstaat eben anerkannt ist, und einen breiten Rückhalt hat, müssen die Menschen, die dann eben arbeiten und dadurch subjektiv aus ihrer eigenen Sicht eben, ja, wahrscheinlich ein stressigeres Leben haben, als die, die das nicht tun, müssen auch ein bisschen mehr haben am Ende. Und da hat ja die Union dann gesagt, das wäre nicht mehr gesichert hier. Was aber nach den Rechnungen, die ich gesehen hab, einfach nicht stimmt. Da ist immer noch ein Abstand zwischen. Und außerdem darf man ja auch nicht nur den Niedriglohn dann sehen. Es gab dann ein paar Rechnungen, wo einfach dann verglichen worden ist, was kriegt eine Familie mit einem Bürgergeld oder eine Alleinerziehende mit einem Bürgergeld. Und wie viel würde sie kriegen, wenn sie einfach zum Mindestlohn arbeitet. Ein Teil der Rechnungen, der die dann zirkuliert sind, waren einfach so deshalb falsch, weil die dann vernachlässigt haben, dass eben bei den Menschen, die im Niedriglohnsektor mit Kindern arbeiten, dass die einfach auch noch dann Zuschüsse kriegen. Dass die dann noch Kinderzuschlag kriegen, Wohngeld kriegen und alle möglichen Sozialleistungen, die eigentlich oben drauf kommen. Und dass man eigentlich dann am Ende vergleichen muss, was bleibt netto beim Bürgergeld übrig und was bleibt netto verfügbar übrig, wenn man arbeitet und die ganzen Zuschüsse noch dazu kriegt.

Bettina Kohlrausch:

Bei dieser berühmten Rechnung, auf die sich der Linnemann bei Maybrit Illner, war es, glaub ich, bezogen hat, haben die zum Beispiel den Kinderzuschlag einfach nicht mit einbezogen. Sodass einfach nicht berücksichtigt worden ist, dass auch Menschen mit einem geringen Einkommen natürlich staatliche Zuschüsse und Unterstützung bekommen.

Marco Herack:

Diese Rechnung stelle ich mir recht schwierig vor. Also wir haben ja nicht nur Singles, Mann, Frau, Kind oder Mann, Mann, Kind oder wie auch immer. Sondern da gibt's ja ganz verschiedene Konstellationen. Und ich vermute mal, dass die nicht

alle den gleichen Betrag am Ende des Monats haben. Sondern dass das sehr ausdifferiert? Oder, Sebastian?

Sebastian Dullien:

Ja, das ist ein sehr komplexes System. Und das ist auch einer der Gründe, warum wir am IMK zum Beispiel, wir sind ja nicht so viel Leute, warum wir eigentlich selten sehr detaillierte Rechnungen für die Bürgergeldempfängerhaushalte machen. Weil das einfach, das hängt dann von so vielen Parametern ab. Und ich glaub, die Rechnung, die der Linnemann da zitiert hat, das Problem war, dass da Leute dran gesessen haben, die sich üblicherweise mit diesem System nicht auskennen. Und die dann mal schnell was zusammengerechnet haben. Und das war dann einfach leider falsch. Also da muss man schon aufpassen, das ist da sehr komplex. Und jetzt kann man es auch kritisieren, dass das bei uns im unteren Einkommensbereich so komplex ist. Aber das ist natürlich auch immer so ein Trade-off zwischen Komplexität und Gerechtigkeit. Weil je einfacher ich es mache, desto stärker fallen dann irgendwelche Sonderfälle durch. Und von daher ist, das, glaub ich, notwendig. Und das muss man da irgendwie auch machen.

Marco Herack:

Aber weiß man denn grundsätzlich, wie es ist? Also oder runtergebrochen auf das, was ja am Ende jeder wissen will. Verdient denn man denn jetzt mehr, wenn man arbeitet oder kriegt man sogar mehr, wenn man nicht arbeitet?

Sebastian Dullien:

Nee, man verdient ... also man hat ... also verdienen ist ja jetzt vielleicht das falsche Wort. Also man hat am Ende oder am Anfang des Monats hat man spürbar mehr Geld zur Verfügung, wenn man arbeitet, als wenn man das nicht tut. Also unter der Voraussetzung, dass man dann, wenn man Wohngeldempfänger ist oder wohngeldberechtigt ist, eben auch diese Sozialleistung beantragt. Also und das ist schon auch ein Problem, aber das ist auch ein Problem bei Menschen, die Anspruch auf aufstockendes Bürgergeld hätten. Dass wir einfach sehr viele da haben, die zwar eigentlich berechtigt sind, aber den Antrag nicht stellen.

Marco Herack:

40 Prozent habe ich dazu im Kopf.

Sebastian Dullien:

Ich bin mir da nicht sicher, wie verlässlich diese Zahlen tatsächlich sind. Aber es kann durchaus sein. Also auch gerade bei der Grundsicherung im Alter wissen wir, dass sehr viele Menschen das nicht beantragen oder dass ältere Leute auch Wohngeld dann nie beantragt haben, obwohl sie eigentlich den Anspruch darauf hätten. Das ist natürlich ein Problem. Aber das hat jetzt nichts mit dem Abstandsgebot zu tun.

Bettina Kohlrausch:

Und auch ganz kurz, beim Wohngeld ist auch ein Problem, also das eine ist, die Leute stellen den Antrag nicht, obwohl sie ein Recht hätten, weil die a) häufig sehr kompliziert sind, diese Anträge. Und die Leute nicht wissen, dass sie wohngeldberechtigt sind. Das andere ist, dass es auch einfach viel zu wenig Menschen gibt, das zu bearbeiten. Also das heißt, selbst, wenn man den Antrag gestellt hat, dauert das eben sehr, sehr lang unter Umständen.

Marco Herack:

Ja, da kommt ja einiges zusammen. Weil das zeigt ja dann doch, dass diese Gerechtigkeitsdebatte, die da drinsteckt, ja doch zeigt, dass da auch sehr viel Ungerechtigkeit dann für den Einzelnen oder die Einzelne drin steckt. Selbst dann, wenn man das sauber alles so macht, wie man es zu machen hat. Aber wenn viele das dann nicht so tun, dann, na ja, dann fallen sie halt hinten runter. Das kann ja auch nicht das Ziel des Sozialstaates eigentlich sein.

Sebastian Dullien:

Die Komplexität ist natürlich blöd, wenn Leute, die wirklich Hilfe brauchen, ausgeschlossen werden. Auf der anderen Seite, wenn ich das zu einfach mache und keine Regeln einziehe, dann habe ich das Problem, dass Leute das Geld abgreifen, die es nicht brauchen. Und das unterminiert die Glaubwürdigkeit des Sozialstaats. Also ich erinnere mal da dran, jetzt in der Corona-Krise, da gab es hier in Berlin für Selbstständige eine Soforthilfe. Und da gab es Fälle, da haben Richter, die, das gibt's häufig, die nebenberuflich gut dotierte Vorträge halten, die sind dann ausgefallen bei Corona, die haben diese Soforthilfe erst mal in Anspruch genommen. Das ist hinterher dann gekippt worden. Also die Kriterien sind dann so nachgeschärft worden, dass die das nicht durften. Aber die haben halt gesagt, ja, klar, ein Teil meines Einkommens ist weggefallen. Das ist im Grunde mein ganzes Einkommen aus der selbstständigen Tätigkeit. Und wenn so was dann passiert, dann ist das natürlich das Einfallstor für diejenigen, die den Sozialstaat ganz am Ende abbauen wollen. Und darum ist das nicht ganz so einfach, zu sagen, wir pauschalisieren und vereinfachen das alles.

Bettina Kohlrausch:

Noch einen Gedanken zum Lohnabstandsgebot. Die Logik, dass Menschen, die arbeiten, mehr verdienen sollen, als gerade über der Armutsgrenze zu sein, weil das muss man dann sagen, also der Hartz-IV-Satz definiert ja sozusagen das Minimum von der Logik her, das Menschen brauchen, um an dieser Gesellschaft teilhaben zu können. Und selbst, wenn es so wäre, dass Menschen, die arbeiten, nur das haben oder weniger, dann kann man ja auch mal fragen, was bedeutet das eigentlich? Welche Aussage können wir dann über Löhne und Gehälter treffen? Die sind dann einfach sehr, sehr niedrig. Wenn es wirklich so wäre, dass Menschen weniger hätten als ein Bürgergeldempfänger oder eine Bürgergeldempfängerin, dann würde das bedeuten, dass Menschen zu Löhnen arbeiten, die nicht armutsfest sind. Und eine

Folge der Sozialstaatsreform war schon, dass es, jetzt nicht unbedingt Hartz IV, wobei das sozusagen dann, weil der Druck erhöht worden ist, auf den Arbeitsmarkt zu gehen, die Leute natürlich dann auch gezwungen waren, Arbeit anzunehmen, die unter ihrem Qualifikationsniveau war und die schlecht bezahlt war und aber noch auch aufgrund des Ausbaus von Leiharbeit und so weiter und der Lockerung bestimmter Arbeitsmarktregulierungen im Zuge dieser Reform, haben wir in Deutschland eben auch einen der größten Niedriglohnsektoren Europas nach wie vor. Wenn man über Lohnabstände redet, dann muss man vielleicht auch über die Höhe der Löhne reden. Also einfach mal von der Grundlogik gibt es da ja zwei Schrauben, an denen man drehen kann. Insofern finde ich dieses Argument auch vor diesem Hintergrund schwierig, wenn man der Auffassung ist, und auch da hätte ich als Soziologin ein Fragezeichen, dass Menschen motiviert sind, zu arbeiten, vor allen Dingen, weil sie dann mehr Geld haben, als wenn sie Sozialleistungen beziehen, dann muss man eben Gehälter machen, die mindestens mal armutsfest sind. Aber natürlich eigentlich deutlich drüber. Also die Menschen wollen ja nicht arbeiten, um mal eben grade an der Armutsgrenze zu krepfen, sondern um sich damit eine gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit zu erarbeiten.

Marco Herack:

Es ist ja sogar so, dass wenn man dann einen Arbeitszwang quasi einbaut, dass man dann dafür sorgt, dass die Löhne ja eben nicht nach oben gehen können, weil halt jeder alles annehmen muss, was ihm da so vor die Füße geworfen wird. Also Sebastian, das ist vielleicht auch wirtschaftlich jetzt nicht die beste Idee?

Sebastian Dullien:

Also das wollte ich eben auch noch mal anmerken, als du gesagt hast, es da hat im Narrativ sich was verändert. Ich glaube, das sehen wir jetzt auch bei der Mindestlohnfrage.

Bettina Kohlrausch:

Genau.

Sebastian Dullien:

Früher gab es eine Zeit lang die Diskussion, jeder Job ist besser als keiner. Und wir schieben die Leute möglichst schnell irgendwo rein. Das hat aber natürlich das Ergebnis, dass die Leute nicht unbedingt in dem Job sind, wo sie am produktivsten sind, auch für die Volkswirtschaft an sich. Und jetzt in einer Situation, wo wir eben keine Massenarbeitslosigkeit haben, sondern auch Fachkräftemangel und in einigen Branchen auch einfach auf Arbeitskräfte ... also sagen wir, Mangel in der Form, dass zu den gängigen Löhnen die Unternehmen nicht genug Menschen finden, die bestimmte Sachen machen wollen. Und darauf zusteuern, dann sind das ganz andere Rahmenbedingungen. Da erklärt sich natürlich auch, dass man sagt, na, dann habt ihr vielleicht noch mal ein halbes Jahr länger Zeit, um was zu finden, wo ihr besser hinpasst. Wo auch der Nutzen von euch ..

Bettina Kohlrausch:

Genau.

Sebastian Dullien:

... für die Wirtschaft insgesamt höher ist. Und das heißt, hier geht's jetzt mehr da drum, auch Produktivitätsreserven zu heben, als nur die Menschen schnell in irgendeine Beschäftigung zu kriegen. Und ich erinnere noch mal an die ersten Auswüchse bei Hartz IV. Da gab es ja so was, das hieß Ein-Euro-Job. Ich weiß nicht, ob ihr euch noch dran erinnert. Das waren Sachen, da wurden dann quasi irgendwelche Beschäftigungen für die Leute, ja, ich weiß gar nicht, wie man das jetzt sagt, entwickelt, geschaffen, wo die halt zu ihrem Hartz IV einen Euro pro Stunde bekommen haben. Da kann man sich natürlich ausdenken, das waren im Zweifel keine besonders produktiven und werthaltigen Jobs. Und da ist man dann natürlich auch schnell von weggegangen. Weil das hatte dann tatsächlich auch Substitutionseffekt. Da sind dann Dinge ersetzt worden. Also wenn ich für Ein-Euro-Job die Hartz-IV-Empfänger den Park saubermachen lasse und aufräumen lasse, brauch ich natürlich keine Grünflächenfirma mehr dafür. Wenn man diese Dinge dann erkannt hat, hat man damit auch aufgehört wieder.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Und diese Ein-Euro-Jobs und auch teilweise schon diese Eingliederungsmaßnahmen, die wurden von vielen Menschen wirklich auch als entwürdigend und demütigend empfunden. Und das ist, glaub ich, ganz wichtig, das wirklich zu begreifen, dass die Menschen sich durch den Staat gedemütigt gefühlt haben.

Marco Herack:

Dann haben wir noch den Schonbetrag. 150.000 Euro, wenn ich das richtig gesehen habe. Auch daran gibt's Kritik. Sebastian, 150.000 Euro, die muss man auch erst mal ansammeln. Ist das eine berechtigte Kritik vielleicht? Weil die Summe so hoch ist, dass es eh niemand hat?

Sebastian Dullien:

Ja, das ist ja immer die Frage. 150.000 Euro hören sich jetzt sehr viel an. Aber wenn ich da jemanden habe, der, ich weiß jetzt auch nicht genau, wie die Detailregeln da jetzt ausgestaltet sind, aber wenn ich jemanden habe, der zum Beispiel ein Selbstständiger war, und der 30 Jahre selbstständig gearbeitet hat, meinerwegen als Dienstleister für Programmierer oder IT-Dienstleister für irgendein anderes größeres Unternehmen, das endet dann und der hat danach keine Beschäftigung mehr, dann ist das plötzlich als Rentenabsicherung gar nicht so viel Geld. Und wenn ich dann, klar, kann man sagen, der hätte das in die Rentenkasse einzahlen sollen, dann wäre es irgendwie fest und kann dann nicht gepfändet werden. Aber ansonsten, das sind eben schon Fälle, die es gibt. Und wo man eben diesen Menschen auch die Angst nehmen möchte, dass sie das, was sie über Jahre angesammelt haben, dass sie das dann abgeben müssen. Auf der anderen Seite, natürlich kann

man sagen, es gibt vielleicht die Fälle, da hat jemand das viele Geld und möchte jetzt ein Jahr lang Sabbatical machen oder kurz vor der Rente aussteigen und rechnet sich dann aus, dass es vielleicht doch ganz gut ist, noch das Bürgergeld dann zu beantragen. Wahrscheinlich wird es solche Fälle geben. Und das muss man dann eben immer abwägen. Man wird nicht jeden Missbrauch und jede Mitnahmeeffekte ausschließen können. Da muss man eben sehen, ist das so viel, quantitativ, dass es ein Problem ist oder gibt es eben gute Gründe, dass man das so annimmt?

Bettina Kohlrausch:

Auch noch mal, also diese 150 Euro [Korrektur der Redaktion: 150.000 Euro] wären ja auch bei einer vierköpfigen Familie. Also pro Person ist es weniger. Da ist es, glaub ich, 60.000. Also es ist nicht so, dass pro Person 150.000 Euro schon Vermögen sind. Sondern 60.000, die in den ersten zwei Jahren nicht angefasst werden. Und dann, ich glaub, für jede weitere Person 30.000 im Haushalt. Und das relativiert sich dann erstens schon mal. Und zweitens, finde ich, gerade das ... also die Wohnung und das Schonvermögen, was in der Tat, wenn man sagt, das ist die Rente oder es ist, was weiß ich, also irgendwas, was einem Sicherheit gibt für die Zukunft, die Ausbildung der Kinder, keine Ahnung. Da muss man doch sehen, dass wir in Zeiten wirklich extremen Wandels leben und dass wir jetzt mehrere Krisen gleichzeitig erleben. Und dass das mit hohen Unsicherheiten einhergeht. Und da das Signal zu geben, dass man den Menschen erst mal einfach Schutz verspricht. Ja, auch nicht ewig, sondern erst mal zwei Jahre, Zeiten, in denen sie sich auf Veränderungen einstellen können, dass man den Menschen eben einfach das klare Signal gibt, ihr seid jetzt zwei Jahre einfach sicher. Und was ihr euch erarbeitet habt, wird nicht angetastet. Man muss auch sagen, ich habe schon über Würde gesprochen, dass sozusagen sofort in dem Hartz-IV-System Menschen wirklich alles über sich preisgeben müssen. Ihre Vermögensverhältnisse und so weiter, und so weiter. Auch das ist natürlich in gewisser Weise entwürdigt. Und natürlich auch abschreckend. Und ich finde das ein wichtiges Signal und halte das auch für unproblematisch und auch auf die Gefahr hin, mich unbeliebt zu machen, natürlich wird es Missbrauch geben und gibt es auch Missbrauch. Aber es gibt in ganz vielen Bereichen Missbrauch. Und ich glaube, komplett ausschließen kann man den nicht. Man sollte es natürlich im Gesetz nicht anlegen und nicht einladen zu Missbrauch. Aber wenn man das mal in Relation setzt zum Beispiel durch Verluste durch Steuerhinterziehung, dann ist das minimal. Und insofern muss man sich eben auch die Frage stellen, was ist einem an der Stelle wichtiger? Und ich halte das wirklich für ein ganz zentrales Schutzversprechen, zu sagen, wir wissen, diese Welt verändert sich. Diese Gesellschaft verändert sich, der Arbeitsmarkt verändert sich. Wir müssen diese Veränderungen vornehmen, wir müssen diesen Weg gehen. Und wir sind als Staat drauf angewiesen, dass ihr mitgeht. Und deshalb versprechen wir euch, dass wir euch schützen und dass ihr auch sicher seid für einen bestimmten Zeitraum, nicht sofort alles verliert, nicht sofort aus der Wohnung rausmüsst. Dass auch in Zeiten des Wandels sich für euch individuell privat nicht sofort alles verändert, wenn ihr sozu-

sagen in diesen Wandlungs- und Veränderungsprozessen unter die Räder geratet. Ich halte das für ein ganz wichtiges Signal. Überhaupt nicht nur für die Leute, die das real dann in Anspruch nehmen, sondern auch für die, die sich einfach bedroht fühlen durch diesen Wandel. Zu wissen, es gibt da sozusagen ein Netz, das mich auffängt, ohne dass von heute auf morgen alles anders wird. Ich verliere nicht alle Sicherheiten sofort. Ich finde das total zentral. Und auch unbedenklich, weil es ja auch eben, wir reden hier über zwei Jahre und nicht dauerhaft, und ob das dann für Rentner und Rentnerinnen diese Anreize geben kann, mag sein, aber ich möchte auch noch mal darauf hinweisen, dass für die allermeisten Menschen Arbeit eben mehr ist, und das sehen wir in unseren Studien immer wieder, als einfach nur eine Garantie auf ein bestimmtes Gehalt, sondern es ist ein Ort, in dem man Teil der Gesellschaft wird. Das ist ein Mechanismus, soziologisch betrachtet, der sozialen Integration. Menschen erleben, dass sie über Arbeit sozial integriert sind, dass sie soziale Anerkennung bekommen, dass sie an der Gesellschaft teilhaben, weit über die materiellen Fragen hinaus. Das hängt natürlich auch davon ab, wie Arbeit ausgestaltet ist. Wenn man in so einem Schlachthof unter menschenunwürdigsten Bedingungen arbeiten muss, dann erlebt man das natürlich anders. Und findet unter Umständen das Bürgergeld auch attraktiver, ich kann es keinem verdenken. Aber wenn Arbeit vernünftig und gut ausgestaltet ist, dann ist es für die meisten Menschen eben mehr als Garantie auf ein bestimmtes Einkommen. Und von daher muss man sich aber fragen, also ob das wirklich so stimmt, dass in dem Moment, in dem Menschen möglicherweise gar nicht so viele finanziellen Nachteile hätten, sofort aufhören zu arbeiten. Weil, wie gesagt, für die allermeisten Menschen ist das eben mehr.

Marco Herack:

Eins der, glaub ich, umstrittensten Themen ist ja gar nicht so sehr Geld und die 150.000 Euro Schonbetrag oder 60.000, je nachdem, wen es trifft, sondern ich habe das Gefühl, die emotionalste Debatte wird um das Sanktionieren des Systems geführt. Also ich bin in Hartz IV, dann geh ich irgendwie einmal nicht zu irgendeinem Lehrgang oder verpasse irgendwie zwei Termine und zack, wird mir das Geld gekürzt. Und da haben wir ja schon am Anfang gesagt, das ist ja das Minimum, über das wir reden. Das heißt, das Minimum wird gekürzt. Richtig?

Bettina Kohlrausch:

Ja.

Marco Herack:

Und das bleibt auch so?

Bettina Kohlrausch:

Das bleibt schon so. Aber es ist ... also erstens kann man nicht mehr so stark kürzen und zweitens gibt es auch da eine Schonzeit von sechs Monaten. Allerdings ist es nicht so, dass da überhaupt keine Sanktionsmöglichkeiten sind. Also wenn je-

mand konsequent gar nicht auftaucht zu Terminen, dann gibt es die durchaus schon von Anfang an. Aber sozusagen die Möglichkeiten sind runterfahren. Und ich meine auch, dass es noch mal andere Schlichtungsverfahren gibt. Dass es sozusagen noch mal eine dritte Instanz gibt, an die man sich auch wenden kann, wenn man das Gefühl hat, es ist ungerecht, wie ich hier gerade sanktioniert werde. Aber in der Tat, dahinter steht, also ich erlebe das auch gerade in den sozialen Medien, dass es wirklich eine sehr emotionale Debatte ist. Und dahinter steht natürlich die Frage, arbeiten die Leute oder kommen die oder bemühen die sich um Eingliederung, wenn sie nicht sanktioniert werden? Braucht es diese Sanktionen? Die Forschungslage dazu ist mal zumindest uneindeutig. Es gab jetzt eins, wie heißt es noch mal? INES, Berliner Institut für Sozialforschung, glaub ich. Die haben noch mal darauf hingewiesen, in einer Langzeitstudie, dass es vor allen Dingen als stigmatisierend erlebt wird und Sanktionen eher zum Rückzug aus dem System führen. Also zu einer Kooperationsverweigerung. Es gibt auch Studien, die schon belegen, dass Sanktionen zu einer schnelleren Arbeitsaufnahme führen.

Also Studienlage, würde ich sagen, ist uneindeutig. Aber auch, wenn man mal unterstellt, stimmt, die Sanktionen haben den Effekt, dass Menschen schneller Arbeit aufnehmen, dann stellt sich natürlich die Frage, sind sie dann wirksam, in dem Sinne, in dem wir wollen, dass sie wirksam sein sollen. Und da würde ich auch Fragezeichen machen. Weil wir ja eben gerade nicht wollen, dass Menschen einfach nur ganz schnell irgendeine Arbeit annehmen, sondern, wie Sebastian gesagt hat, wir wollen, dass sie auch die Arbeitsmarkthemmnisse, die es unter Umständen gibt, nämlich Qualifizierungsdefizite, und dass sie an denen arbeiten, also unter Umständen wollen wir eher, dass sie sich qualifizieren, dass sie eine Berufsausbildung nachholen. Wir wollen nicht einfach, dass sie irgendwie in irgendeinen Arbeitsmarkt schnell reinkommen und schnell wieder rausgehen, wir wollen sie langfristig integrieren. Und wir wollen ja eigentlich auch wirklich, dass wir da das Potenzial, was in diesen Menschen schlummert, dass wir das nutzbar machen für den Arbeitsmarkt. Und da ist mit einer schnellen Arbeitsaufnahme unter Umständen gar nichts gewonnen, in Zeiten, in denen wir einfach Fachkräftemangel haben. Also insofern glaube ich, die Debatte ist sehr, sehr emotional. Aber ich persönlich hab eben auch große Fragezeichen, ob das Instrument der Sanktionen eigentlich zu dem führt, zu dem es führen soll. Nämlich, dass sich die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen langfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden, erhöht. Da habe ich große Fragezeichen. Auch vor dem Hintergrund der Forschungslage.

Sebastian Dullien:

Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob das die Intention der Sanktionen ist oder ob die Intention der Sanktionen nicht eigentlich auch wieder ist, zu verhindern, bestimmte Arten des Missbrauchs zu verhindern. Denn es gibt ja schon, das ist nicht der Regelfall, aber es sind diese Einzelfälle, die tatsächlich, wie ich eben schon mal gesagt hab, das Vertrauen, das System unterminieren können. Es gibt ja schon Menschen, die Hartz IV beziehen und dann eben Vollzeit schwarzarbeiten. Das gibt es einfach.

Und meine Interpretation der Sanktionen war zum Teil auch, dass diese Menschen, die müssen dann eben zum bestimmten Termin dahin kommen. Und dann hat man irgendeine Handhabe gegen die, ohne, dass man den Detektiv hinterherschicken muss. Und da sind wir natürlich wieder an der Stelle vorher, ist das verhältnismäßig, wie viel von diesen Fällen ich damit abgreife? Und ist das verhältnismäßig gegenüber den Fällen, wo die alleinerziehende Mutter den Bus verpasst hat, ich meine solche Geschichten gibt's ja auch immer wieder, dann den Termin verpasst hat und deswegen eine Sanktion gekriegt hat. Wo es dann die äußeren Umstände waren, die eigentlich eine vollständige Partizipation am Arbeitsmarkt schwierig machen für diese Person. Da muss man, glaub ich, einfach auch abwägen, was da sinnvoll ist und was nicht. Und da scheint mir das schon nicht falsch, bei den Sanktionen jetzt einen Schritt zurückzugehen. Ich habe keine bessere Lösung. Aber, was man an Berichten bekommen hat, ist ja schon, dass da eine gewisse Willkür auch in der Art, wie Sanktionen verhängt wurden oder nicht verhängt wurden, zumindest wahrgenommen wurde. Und auch das trägt ja eher zur Verunsicherung bei den Menschen, was ja nicht gewollt ist.

Marco Herack:

Da geht's ja um Machtmissbrauch durch die Ämter oder durch die handelnden Personen auch. Also das ist dann der Trade-off des Ganzen. Wie ist denn das mit den Sanktionen wirtschaftlich? Ich meine, die Leute rutschen da ja unter die Armutsgrenze. Kommen wir da nicht irgendwie auch an einen Punkt, wo man fragen müsste, man muss Hartz IV oder das Bürgergeld dann künftig, nicht eh höher setzen, damit, wenn man jemanden sanktioniert, der dann bestenfalls oder schlechtestenfalls auf die Armutsgrenze runterrutscht, weil alles andere ist ja eigentlich kein gangbarer Weg?

Bettina Kohlrausch:

Ja, wenn man in der Logik bleibt, eigentlich muss man sich schon fragen, ob man als Staat das legitim findet, Menschen faktisch unter die Armutsgrenze zu drücken. Was man ja tut, wenn man sagt, das ist sozusagen der Mindestbedarf, den Menschen haben, und ich kürze den, dann haben Menschen weniger als den Mindestbedarf.

Marco Herack:

Und die Folge dessen ist ja, Sebastian, dass wir dann sehen, dass die Zivilgesellschaft das versucht, aufzufangen über Tafeln und sonst noch was. Also dass quasi die Kosten einfach nur an die Zivilgesellschaft ausgelagert werden.

Sebastian Dullien:

Allerdings auch da, ich meine, die Frage ist natürlich schon, gibt es irgendeine Mitwirkungspflicht von der Person, die da in so einem System drin ist. Und wenn ja, wie setzen wir die durch? Ja, und das ist halt ... klar, also niemand soll in die Armut ge-

drückt werden, aber gleichzeitig, wie gehe ich mit Leuten um, die böswillig das eben ausnutzen?

Marco Herack:

Na ja, aber wie gut geht's einem denn, wenn man an der Armutsgrenze lebt, und was nutzt man da aus?

Sebastian Dullien:

Sagen wir so, es sind ja auch Einzelfälle. Und da ist aus meiner Sicht genau die Crux, dass diese Einzelfälle das Problem haben, dass sie skandalisiert werden können, dass sie instrumentalisiert werden können. Aber darum muss man sich halt auch irgendwas ausdenken, wie man das ein bisschen begrenzt an der Stelle.

Bettina Kohlrausch:

Aber das gibt es ja auch nach wie vor. Es gibt ja diese Sanktionsmöglichkeiten. Nach konsequenter Terminverweigerung gibt es diese Möglichkeit. Aber tatsächlich ... also man muss es einfach, find ich, einmal wissen. Ja, dass genau das passiert, was Marco gesagt hat. Also man definiert eine Mindestgrenze als Staat und hat ein System, in dem man Leute, wenn sie nicht kooperieren, unter diese Mindestgrenze bringt. So ist das. Ja.

Sebastian Dullien:

Und damit ich nicht missverstanden werde, ich finde das total richtig, wie das da jetzt reformiert werden soll. Das heißt, dass die Sanktionen nicht so schnell so greifen. Mein Punkt war nur, dass ich schon nachvollziehen kann, dass eine gewisse Art der Sanktionierung noch im Instrumentenkasten da bleiben sollte.

Bettina Kohlrausch:

Ja. Ist es ja auch.

Sebastian Dullien:

Es ist einfach eine schwierige Abwägungsfrage, finde ich, an der Stelle.

Bettina Kohlrausch:

Wobei ich auch glaube, die Frage, wird so was skandalisiert oder nicht, hat auch was mit der Ausgestaltung des Gesetzes zu tun. Hat aber auch was damit zu tun, wie führt man gesellschaftliche Debatten, wie viel Spielraum gibt es in der Gesellschaft? Wie viel fruchtbaren Boden für die Abwertung von sozial benachteiligten Menschen oder von Leistungsempfängern, von Arbeitslosen? Und ich weiß gar nicht, wie viel das damit zu tun, ob eine Gesellschaft so eine Debatte führt, ob das sozusagen irgendwie tatsächlich im Verhältnis dazu steht, ob es da diesen Missbrauch gibt. Trotzdem finde ich es auch wichtig, zu sagen, also man muss ein Gesetz schon so ausgestalten, dass es nicht zu Missbrauch einlädt. Das ist ja überhaupt keine Frage. Aber der Ansatz hier ist ja auch einfach ein anderer, zu sagen,

okay, wir behalten uns diese Option offen. Aber vor allen Dingen setzen wir auf Kooperation. Es wird gemeinsam ein Kooperationsvertrag gleich am Anfang erarbeitet. Es gibt, wie ich schon am Anfang sagte, der Versuch eines Paradigmenwechsels, in dem man eben gemeinsam überlegt, was braucht diese Person, um sich eine langfristige Erwerbsperspektive zu entwickeln. Und das finde ich einfach richtig und da glaub ich auch, wird man auch noch mal auf die Ausgestaltung gucken, weil ich gar nicht weiß, ob die Angebote zur Qualifizierung zum Beispiel, die einfach im Moment existieren, ob die eigentlich ausreichend sind. Also ob da die Agenturen eigentlich gut genug aufgestellt sind, um den Menschen wirklich diese Perspektiven erarbeiten zu können. Wenn wir sagen, Qualifizierung wird faktisch immer wichtiger. Das wird man dann empirisch einfach auch noch mal sehen.

Sebastian Dullien:

Und ein anderer wichtiger Punkt hängt da aus meiner Sicht dran. Dass natürlich das ganze Sanktionierungsregime oder Sanktionsregime möglicherweise ja falsch ansetzt. Also bei manchen Menschen habe ich halt strukturelle Bedingungen, die es einfach sehr schwer machen, am Erwerbsleben zu partizipieren. Und da sind aus meiner Sicht vielleicht eher Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gefragt, die da eine starke Unterstützung geben und zumindest, wie ich es wahrgenommen hab, war das im bisherigen System nicht so. Sondern da wurde eben tatsächlich dann, weil es auch viel einfacher ist, über die Sanktionsschiene das gemacht.

Bettina Kohlrausch:

Das glaub ich eben auch. Und das ist eben auch in der Forschung, die es zu Sanktionen gibt, wo schon untersucht wird, also führt das jetzt zu einer schnelleren Arbeitsaufnahme, zu einer besseren Arbeitsmarktintegration, und da ist ein klarer Befund auf jeden Fall, dass das bei einem Teil der Personen zu so einer Stigmatisierung führt und einfach zum Rückzug. Und da wird auch mehr Druck im Zweifelsfall überhaupt nicht helfen, weil denen einfach auch die Möglichkeiten fehlen, das selbst für sich zu organisieren. Wir haben keine Massenarbeitslosigkeit. Das heißt, man kann schon davon ausgehen, dass Arbeitslose und gerade Langzeitarbeitslose, dass wir da auch vielfältige Problemlagen haben, die eben auch vielfältig und komplex adressiert werden müssen. Also eine Problemlage ist sicher fehlende Qualifikation. Gerade bei Langzeitarbeitslosen haben wir einen sehr, sehr hohen Anteil von Menschen, die über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen. Und das ist einfach ein unglaublich großes Arbeitsmarktrisiko.

Und da müsste man eben erst mal dran. Und natürlich sind das im Zweifelsfall auch Menschen, die eben keine guten Erfahrungen mit Bildung und Qualifizierung gemacht haben. Und die wahrscheinlich auch noch andere Probleme haben, wo sie einfach Unterstützung brauchen. Und da wird die Androhung nicht helfen. Und wenn man ihnen das komplett ... also wenn sie sozusagen einfach selbst die Ressourcen nicht haben, diesen Weg zu gehen, dann bekommen sie die auch nicht, wenn man ihnen mit Leistungskürzungen droht. Sondern da muss man ihnen helfen, auf die

Ressourcen rückgreifen zu können, die es braucht, um sich ... das ist ja auch gar nicht so trivial. Also sich zu überlegen, welche Qualifizierung brauche ich, da dran zu bleiben, das zu machen, sich zu bewerben. Also da braucht man ja unter Umständen wirklich auch Unterstützung.

Marco Herack:

Was ich jetzt bei diesen ganzen Sachen nicht gesehen habe, ist, dass die Bildung oder die vielleicht besondere Förderung von Kindern in Hartz-IV-Familien oder in Bürgergeld-Familien da irgendwo mitgedacht wird. Weil wir wissen ja, je weniger jemand hat in diesem Lande, desto schlechter seine Bildungschancen sind. Und da wäre es jetzt auch die Chance gewesen, da direkt anzugehen und spezielle Förderungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Bettina Kohlrausch:

Was sich geändert hat, Sebastian, korrigiere mich, ist, dass die einen größeren Anteil behalten dürfen. Die sind ja dann letztlich Teil einer Bedarfsgemeinschaft. Und da war es eben gerade für Kinder und Jugendliche sehr problematisch, dass sie wenig behalten durften, wenn sie selbst gearbeitet haben oder wenn sie eine Ausbildungsvergütung bekommen haben und so weiter. Und es deshalb für sie sehr schwer war, sich selbst sozusagen auch aus der Armut rauszuarbeiten. Das wird geändert. Gleichzeitig ja, also ich weiß gar nicht, was jetzt für Bildung in diesem Warenkorb, der jetzt noch Hartz IV ist, angelegt ist. Es ist definitiv zu wenig. Aber da sind wir eben auch ... also da kommt auch das Instrument an seine Grenzen. Weil ich würde sagen, gute Qualifizierung ist definitiv eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Da muss Bildung tatsächlich auch kostenlos sein, was sie ja faktisch nicht ist. Ja, jeder, der irgendwie mal am Anfang des Schuljahres so eine Ausstattung gekauft hat für die Kinder, weiß das. Und da muss das ganze System, also Bildungssystem, sich einfach noch mal anders aufstellen. Ich halte das für total zentral. Aber da würde ich auch das Bürgergeld in Schutz nehmen, weil da kommt auch so ein Instrument an Grenzen. Es kann jetzt auch nicht irgendwie einen ganzen Sozialstaat repartieren.

Marco Herack:

Dann sind wir am Ende der heutigen Sendung. Vielen Dank Bettina Kohlrausch.

Bettina Kohlrausch:

Gerne.

Marco Herack:

Und Sebastian Dullien.

Sebastian Dullien:

Danke.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann schreibt uns eine E-Mail an systemrelevant@boeckler.de oder tickert uns an auf Twitter [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Und wenn euch der Podcast gefällt, dann abonniert uns gerne in einem Podcatcher eurer Wahl. Ansonsten findet ihr Bettina auf Twitter als [@bettikohlrausch](https://twitter.com/bettikohlrausch) und Sebastian als [@sdullien](https://twitter.com/sdullien). Also Sebastian Dullien. Euch vielen Dank fürs Zuhören und bis nächste Woche. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Danke, bis dann. Tschüss.

Bettina Kohlrausch:

Tschüss.